



Bringt ihn Trump zum Lächeln? Kim Jong Un an einem Treffen 2019 in Panmunjom. KEVIN LAMARQUE / REUTERS

## Das Lächeln der Diktatoren

*Jahrhundertlang gab es kein Bild eines lächelnden Machthabers. Cäsar, Napoleon und Hitler zeigten sich ernsthaft. Heute huscht auch Diktatoren ein Lächeln über die Lippen. Wie sollen wir das verstehen?*

*Gastkommentar von Manfred Schneider*

Sollte sich demnächst unsere Hoffnung erfüllen und die Zeit von Donald Trump ein Ende nehmen, wird die Bilanz seiner weisen Entscheidungen rasch erstellt sein. Doch eine seiner guten Taten wäre dem Vergessen anheimgefallen, hätte sie nicht der Journalist Bob Woodward festgehalten. In Woodwards neuem Buch «Rage», das die Protokolle seiner Gespräche mit dem Präsidenten enthält, liest man auch, wie Trump über seine Liebe zu Diktatoren plaudert. Bei einem Gespräch im Oval Office zeigte Trump seinem Gesprächspartner ein Foto, auf dem er mit Nordkoreas «Oberstem Führer» Kim Jong Un zu sehen ist. Auf dem Foto lächelt der Diktator. Und Trump rühmte sich: «He never smiled before. I'm the only one he smiles with.»

Dass Trump in der Gefühlswüste eines Diktators sanfte Gefühle aufblühen liess und dem Mann ein Lächeln abnötigte, kommt auf die Liste seiner guten Taten. Es erinnert allerdings auch daran, dass das Lächeln der Mächtigen oft ein trügerisches Zeichen ist. Der echte Diktator lächelt nicht. Stalin, Mussolini und Hitler oder ihre Artgenossen Franco, Mao Zedong, Idi Amin und Muammar al-Ghaddafi achteten darauf, dass solche Bilder nicht an die Öffentlichkeit gelangten. Es sei denn, diese zeigten sie beim Tätscheln eines Kleinkindes.

Gehen wir durch die Museen, dann gab es viele Jahrhunderte lang kein Bild von einem lächelnden Machthaber. Ja selbst die sorgenfreien alten Götter und Göttinnen in Marmor oder Gips lächelten nicht. Ebenso wenig finden wir auf Porträts von Sokrates, Jesus, Mohammed, von Päpsten, Bischöfen, Kalifen, Kaisern, Königen, Königinnen oder Feldherren ein solches Zeichen. Die Macht zeigte ungerne liebliche Regungen. Und wer nicht lächelt, schielt nach der Macht. Daher sagte noch Shakespeares Julius Cäsar über den rätselhaften Cassius, der ihm nach dem Leben trachtete, hellsichtig: «Seldom he smiles.»

Allerdings zeigen auch Porträts in der Kunstgeschichte bis ins 18. Jahrhundert kaum lächelnde Personen, seien es Bürger, Kaufleute, feine Damen, Knechte oder Mägde. Die Kunsthistoriker haben dafür eine überraschende Erklärung: Die Leute wollten sich wegen ihrer schäbigen Zähne nicht mit geöffnetem Mund malen lassen. Also verdanken wir den Zahnärzten, ihrer erfolgreichen Kariesbekämpfung und dem Bleichpulver den Blick zwischen die Lippen unserer Mitmenschen. Die Geschichte des Lächelns in Kunst und Leben ist gut erforscht, und im Netz findet sich sogar ein virtuelles Museum des Lächelns.

Heute scheint das Lächeln trotz vielen regionalen und kulturellen Unterschieden universell. Niemand würde sich in unseren Tagen noch rühmen wie der Schriftsteller La Rochefoucauld um 1660, dass er in den letzten Jahren höchstens zwei- oder dreimal gelacht habe. Als mimischer Reflex sind geliftete Mundwinkel längst digitalisiert. Wir lassen es Smileys regnen, um unseren Nachrichten eine heitere Note zu geben, und sobald uns ein Kameraauge erfasst oder wenn wir das Selfie-Teleskop ausrichten, bleibt die eingetübte Reaktion nicht aus.

Aber gilt das ebenso für die Politik? Haben Zahnärzte auch die Herrscherlippen entriegelt? Hat einst Napoleon wegen kariöser Zähne so ernst

**Die Macht zeigte ungerne liebliche Regungen. Und wer nicht lächelt, schielt nach der Macht.**

und mächtig geschaut? Sein starrer Blick und die kaiserliche Positur mochten eher damit zusammenhängen, dass das Lächeln dem Moment zugehört und nicht ewig währt. Imperatoren und Diktatoren bevorzugten die Zeichen der Dauer, ihre Herrschaft verlangt es nach Ewigkeit. Für das demokratische Bewusstsein hingegen soll sich die Macht befristen, und manche Herrschaft währt gottlob nur kurz.

Doch heute lächeln bis auf wenige Ausnahmen alle Könige, Diktatoren und Autokraten, weil sie ihre Macht und ihren Anspruch auf Unveränderlichkeit verdecken wollen. Auch der wenig lebenswerte saudische Kronprinz Mohammed bin Salman lächelt entspannt. Nachdem ihm Präsident Trump wegen des Mordes an Jamal Khashoggi eine Untersuchung im Kongress erspart und ihm, wie er auch Bob Woodward erklärte, «den Arsch gerettet» hatte, gab es für den Prinzen Grund zu guter Stimmung. Hingegen wirken die Gesichtszüge von Alexander Lukaschenko gegenwärtig eher eingefroren. «Seldom he smiles.»

Für das demokratische Auge ist die Macht obszön geworden. Zwar kann auch der moderne liberale Staat auf Grösse und Macht nicht verzichten – er hortet Waffen und hält eine Armee in Reserve –, aber er zeigt sie nicht. Wie der Politikwissenschaftler Herfried Münkler erklärt hat, gibt der demokratische Staat die Prozesse der Entscheidung zu sehen, lässt aber die Mächte der Ordnungstiftung, die Armee, die Polizei und die Henker, lieber im Unsichtbaren. Autoritäre und diktatorische Systeme verfahren eher umgekehrt.

Das Lächeln ist in der politischen Zeichensprache unabdingbar geworden, weil wir in dem Bewusstsein leben wollen, dass die Macht unsichtbar und ihre Träger vergänglich sind. Also haben wir allen Grund, das geweisste TV-Lächeln des amerikanischen Präsidenten zu geniessen.

**Manfred Schneider** ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Mit den Klimastreiks der Schuljugend erhielt das Projekt Senkung des Stimmrechtsalters in der Schweiz neuen Schub. Das ist erstaunlich. Eher hätte diese Erfahrung bei informierten Erwachsenen Skepsis auslösen müssen. Stattdessen liess sich unsere Elite von Schulkindern die Leviten lesen. Kantons- und Gemeindeparlamente riefen auf Druck der Jugendlichen den «Klimanotstand» aus. Auch in Kreisen von Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur erfolgte eine opportunistische Solidarisierung mit den rabiaten Forderungen der Klimajugend. Warum die Hysterisierung der Klimadebatte (Greta Thunberg: «I want you to panic!») ein Fortschritt sein soll – diese Frage müsste gerade in der hoch partizipativen Schweizer Demokratie zum Thema gemacht werden.

### Junge haben nichts zu verlieren

Gewisse Folgen der Einführung von Stimmrechtsalter 16 sind voraussehbar. Erstens würde die prozentuale Stimmbeteiligung weiter sinken. Zweitens ist ein leichter Rutsch zu links-grün zu erwarten – leicht dank der geringen absoluten Zahl und der niedrigen Stimmbeteiligung der jüngsten Stimmberechtigten. Beides wäre für die Schweiz tragbar.

Es gibt aber trotzdem gute Gründe gegen die Absenkung des Stimmrechtsalters. Wer Stimmrechtsalter 16 befürwortet, begründet dies gerne demografisch. Wegen der Überalterung brauche es einen Ausgleich zwischen Jung und Alt. Die 16- und 17-Jährigen hätten zudem noch die längste Zukunft und sollten deshalb über diese mitbestimmen können. Auch würde mit der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen das Interesse der jungen Menschen an politischen Fragen steigen; sie würden sich mehr informieren und engagieren. Diese gängigen Pro-Argumente klingen im ersten Moment plausibel. Doch beruhen sie auf irri- gen Annahmen und auf einer zeitgeistigen Sicht demokratischer Politik. Dazu gehört auch der

## Gute Gründe gegen das Stimmrechtsalter 16

*Hinter der Forderung nach einer Senkung des Stimmrechtsalters steht der irrige Glaube, höhere politische Partizipation bedeute automatisch eine bessere Demokratie.*  
*Gastkommentar von Hans Rentsch*

Glaube, höhere politische Partizipation bedeute automatisch eine bessere Demokratie. Das Überalterungsargument gründet auf der falschen Meinung, dass die älteren Generationen bei Abstimmungen und Wahlen einen kürzeren Interessenhorizont hätten und deshalb kurzfristig-egoistisch wählen würden. Doch viele Ältere haben eigene Kinder und Enkel. Zudem stimmt das Bild des materiell egoistischen Stimmbürgers nicht, unter anderem weil auch die Älteren den Versuchungen des «expressive voting» unterliegen: Das bedeutet, dass das Entscheidungsverhalten stark von dem emotionalen Gewinn bestimmt ist, den jemand

aus der Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen zieht. Die grüne Welle bei den Wahlen im letzten Herbst illustriert dies. Grün zu wählen, vermittelte das gute Gefühl, auf der richtigen Seite des politischen Trends zu stehen.

Zum längeren Lebenshorizont der Jungen: Nicht nur die Zukunft spielt in dieser Sache eine Rolle, sondern auch die Vergangenheit. Junge haben noch kaum eine solche. Mangels eines entwickelten Geschichtsbewusstseins fehlt ihnen der Sinn für Verhältnismässigkeit, wie die rabiat-utopischen Forderungen an die Klimapolitik zeigen. Damit zusammenhängend: Junge Menschen haben noch nichts

zu verlieren, ihr Idealismus ist gratis. In ihren politischen Ansichten gewinnen dadurch moralgetränkte Faktoren ein massives Übergewicht.

Schliesslich kann auch das Argument, das Stimmrecht würde das politische Interesse der Jungen wecken und sie würden sich dann auch besser informieren, nicht wirklich überzeugen. Warum sollte man ausgerechnet die Handy-süchtigste Altersgruppe in den Kreis der politisch Mündigen aufnehmen? Die schädlichen Wirkungen dieser Sucht sind mittlerweile wissenschaftlich untersucht und belegt: dauernde Ablenkung, gestörte Konzentrationsfähigkeit, Sprachverwahrlosung, Unfähigkeit zur Überwindung von Unlust, Gier nach Spass und Unterhaltung, sinkende kulturelle Bildung und Überschätzung der eignen Urteilsfähigkeit. Pointiert drückte sich der bekannte englische Publizist Douglas Murray aus: Unwissende Menschen seien anmassend, so dass sie sich selbst zum Richter, zu Geschworenen und Henkern der Vergangenheit ernennen, ohne etwas von Geschichte zu verstehen.

### Wir wollen keine Hobby-Demokratie

Wir sollten uns wieder an eines der wichtigsten Projekte der jungen Schweizer Demokratie im 19. Jahrhundert erinnern. Die Einrichtung der kostenlosen staatlichen Volksschule beruhte auf der Überzeugung, dass Bildung die Voraussetzung für die politische Beteiligung sei. Wir wollen keine Mob-Demokratie, in der die Strasse und behördlich geduldete und gerichtlich verschonte rechtsbrechende Extremisten den Ton angeben. Wir wollen auch keine Hobby-Demokratie, in der es genügt, seine spontanen politischen Regungen ohne jeden persönlichen Aufwand ins «System» einspeisen zu können – sei es via E-Collecting, E-Voting oder andere Segnungen des Internets, die noch zu erwarten sind.

**Hans Rentsch** ist Ökonom und Wirtschaftspublizist.